deutsche Nationalstiftung

Thesen zur Erweiterung der Europäischen Union

Die folgenden Thesen hält die Deutsche Nationalstiftung für die öffentliche Diskussion in Deutschland, aber auch für die Verhandlungen selbst für wichtig:

1. Die heutige Generation hat zum ersten Mal die Chance, die Einigung der Völker Europas in einer freiwilligen Organisation des Friedens und der Zusammenarbeit zu vollenden. Sie muß sich dieser Herausforderung stellen. Wenn alle Beteiligten dazu bereit sind, wird dies gelingen.

2. Der Weg in die Union wird für die Osteuropäer länger werden, als es die einen wünschen oder die anderen befürchten, und steiniger, als es viele wahrhaben wollen.
Um Frustration zu verhindern, ist es notwendig, den Beitrittskandidaten frühzeitig zu sagen, unter welchen Bedingungen sie eine Chance zum Beitritt haben. Dazu gehört auch der Mut, rechtzeitig »Nein« zu sagen. Die Beitrittsverhandlungen müssen in Ruhe und großer Sorgfalt geführt werden. Sie sollten aber einen klaren Zeithorizont haben. Besser ist es, zügig zu einer Einigung zu gelangen dafür aber längere Übergangszeiten in Kauf zu nehmen.

3. Bei der Osterweiterung handelt es sich um den Beitritt zu einer bestehenden Union, nicht aber um einen Zusammenschluß gleichberechtigter Partner. Der in Amsterdam erreichte Vertragsstand, ebenso aber auch der Integrationsstand, darf nicht verwässert, sondern muß vielmehr gefestigt werden.

4. Die Beitrittskandidaten haben ihre Bereitschaft signalisiert, EU-Recht zu übernehmen. Das ist zu begrüßen. Indes muß es auch um die Fähigkeit gehen, dieses Recht in Verwaltung und Justiz in den jeweiligen Beitrittsländern durchzusetzen.

5. Schon aus psychologischen Gründen, aber auch aus politischen Gründen, müssen die neuen Beitrittsländer die Außengrenzen der Europäischen Union genauso sichern, wie dies bisher notwendig und möglich war.

6. Die Mitglieder der Europäischen Union müssen vor der Erweiterung nach Osten Einigkeit herstellen über die Finanzierung der Erweiterung und deren Konsequenzen. Es ist zu begrüßen, daß die EU-Kommission bereits vorgeschlagen hat, die Einnahmen der Union auch künftig 1,27% des BSP der Mitgliedstaaten nicht überschreiten zu lassen. Das heißt aber gleichzeitig, daß der gleiche Kuchen anders als bisher verteilt werden muß.

7. Die heutige Agrarmarktordnung muß dringend reformiert werden, ehe sie auf den Osten Europas übertragen werden kann. Anderenfalls droht der Union ein finanzielles Fiasko.

8. Europa darf nicht nur rechnen, was eine Erweiterung kostet, sondern auch, was ein Nichtbeitritt weiterer Staaten kostet. Ziel der Erweiterung muß es sein, politische, ökonomische, soziale und ökologische Stabilität nach Osten zu exportieren, nicht aber, durch den Beitritt Instabilität in die Union zu importieren.

9. Mit der Erweiterung der EU müssen auch die Rechte des künftigen Parlamentes erweitert werden.

10. Das bürokratische Gebilde Brüssel muß entbürokratisiert werden. Die Verwaltung muß gestrafft, die Regulierungswut eingedämmt und unnütze Paragraphen müssen gestrichen werden. Nur so ist die bestehende Union fähig, sich zu erweitern.

Feldbrunnenstraße 56 · 20148 Hamburg · Tel (040) 41 33 67 52 · Fax (040) 41 33 67 55
Deutsche Bank Hamburg · BLZ 200 700 00 · Kto. 07 41 900 · Dresdner Bank Weimar · BLZ 820 800 00 · Kto. 94 99 970
Vorstand: Dr. Klaus Asche (Geschäftsführung) · Prof. Dr. Kurt Biedenkopf · Prof. Dr. Reimar Lüst · Prof. Kurt Masur · Helmut Schmidt
Kuratorium: Dr. Ulrich Cartellieri (Vorsitz) · Senat: Prof. Dr. Richard Schröder (Vorsitz)
www.nationalstiftung.de neuhaus@nationalstiftung.de